Die „Neufassung“ (Ursprungssatzung inkl. der eingearbeiteten Änderungssatzungen) der nachfolgenden Satzung bzw. Gebührenordnung wird als Information im Internet bereitgestellt. Allein rechtsgültig ist die Satzung in Form der amtlichen Bekanntmachung im Lokalanzeiger für die Orte der Mainspitze. Die angebotene „Neufassung“ dieser Satzung bzw. Gebührenordnung wurde bereits zwei Mal geändert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Internet bereitgestellten Rechtsvorschriften übernimmt die Stadt Ginsheim-Gustavsburg keine Haftung.

Entschädigungssatzung der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg

Aufgrund der §§ 5, 21 Abs. 1, 27, 35 Abs. 2, 61 Abs. 2, 82 und 86 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1993, bekanntgemacht am 19. Oktober 1992 (GVBl. I S. 534), sowie der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinden und Landkreise vom 12. Oktober 1977 (GVBl. I S. 409) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg am 30. März 1995/17.05.2001 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 1 Ersatz des Verdienstausfalles

(1) Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates und andere ehrenamtlich Tätige erhalten auf Antrag zur pauschalen Abgeltung ihres Verdienstausfalles einen Betrag von DM 20,- pro Stunde der Tätigkeit der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates oder des Gremiums, in dem sie als Mitglied oder kraft Gesetz sonst mitwirken.

(2) Den Durchschnittssatz nach Absatz 1 erhalten nur die ehrenamtlich Tätigen, welchen nachweisbar ein Verdienstausfall entstehen kann. Hausfrauen und Hausmänner erhalten den Durchschnittssatz ohne Nachweis, sofern sie ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 8 und 17 Uhr ausüben.

(3) Auf Antrag ist anstelle des Durchschnittssatzes nach Absatz 1 der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausfall zu ersetzen. Das gilt auch für erforderliche Aufwendungen, die wegen Inanspruchnahme einer Ersatzkraft zur Betreuung von Alten, Kranken und Kindern entstehen.

§ 2 Ersatz der Fahrkosten

(1) Ehrenamtlich Tätige haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrkosten.

(2) Wer ein Kraftfahrzeug benutzt, kann anstelle der Fahrkosten nach Absatz 1 eine Wegstreckenentschädigung nach den Sätzen des Hessischen Reisekostenge-

setzes für anerkannt privateigene Fahrzeuge verlangen. Diese erhöht sich für das Mitnehmen weiterer ehrenamtlich Tätiger in einem Kraftfahrzeug um DM 0,03 pro Person und Kilometer.

§ 3 Aufwandsentschädigungen

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstaufalles und der Fahrkosten pro Sitzung der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates oder des Gremiums, in dem sie als Mitglied oder kraft Satzung oder Gesetzes angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde entsandt worden sind, folgende Aufwandsentschädigung:

– Mitglieder der Gemeindevertretung	26,00 Euro (50,85 DM)
– Ehrenamtliche Beigeordnete	26,00 Euro (50,85 DM)
– Mitglieder des Ausländerbeirates	26,00 Euro (50,85 DM)
– gewählte Mitglieder der Betriebskommission	26,00 Euro (50,85 DM)
– Mitglieder des Feuerwehrausschusses	13,00 Euro (25,43 DM)
– sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner als Mitglieder einer Kommission	13,00 Euro (25,43 DM)
– Mitglieder des Seniorenbeirates	13,00 Euro (25,43 DM)
– zu Beratungen der Ausschüsse hinzugezogene Sachverständige	13,00 Euro (25,43 DM)
– Mitglieder des Wahlausschusses und eines Wahlvorstandes bei Gemeindewahlen, Wahlen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, Wahlen der Landrätin oder des Landrates, Ausländerbeiratswahlen, Seniorenbeiratswahlen und Bürgerentscheiden	21,00 Euro (41,07 DM)

(2) Das Sitzungsgeld für mehrere nach Absatz 1 entschädigungspflichtige Tätigkeiten am selben Tage ist auf das Zweifache begrenzt.

(3) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 wird für den höheren Aufwand bei dem Wahrnehmen besonderer Funktionen um eine monatliche Pauschale erhöht. Diese beträgt für

– das vorsitzende Mitglied der Gemeindevertretung	– 26,00 Euro (50,85 DM)
– stellvertretende Vorsitzende der Gemeindevertretung für jede geleitete Sitzung	13,00 Euro (25,43 DM)
– Ausschussvorsitzende	26,00 Euro (50,85 DM)
– stellvertretende Ausschussvorsitzende für jede geleitete Sitzung	13,00 Euro (25,43 DM)
– Fraktionsvorsitzende	26,00 Euro (50,85 DM)
– ehrenamtliche Beigeordnete	26,00 Euro (50,85 DM)
– ehrenamtliche Erste Beigeordnete	52,00 Euro (101,70 DM)
– das vorsitzende Mitglied des Ausländerbeirats	26,00 Euro (50,85 DM)

- stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates für jede geleitete Sitzung 13,00 Euro (25,43 DM)
- das vorsitzende Mitglied des Seniorenbeirates 16,00 Euro (31,29 DM)
- stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates für jede geleitete Sitzung 8,00 Euro (15,65 DM)

Der Anspruch auf die Pauschale entsteht am Beginn des Kalendermonats, in dem die ehrenamtlich Tätigen die besondere Funktion antreten. Er erlischt mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem sie aus der Funktion scheidet.

(4) Nehmen ehrenamtlich Tätige mehrere Funktionen wahr, für die Anspruch auf Erhöhungen nach Absatz 3 besteht, so stehen ihnen die Erhöhungen für alle Funktionen zu.

(5) Für die Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird neben dem Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrkosten und der Aufwandsentschädigung nach Absatz 3 eine Aufwandsentschädigung für

- die/den Erste/n Beigeordnete/n von mtl. 231,00 Euro (= 451,80 DM)
- die sonstigen Beigeordneten in Höhe von 26,00 Euro (= 50,85 DM)
mtl.

gewährt.

(6) Schriftführerinnen oder Schriftführer erhalten für jede Sitzung der Gemeindevertretung eine pauschale Aufwandsentschädigung von 47,00 Euro (=91,92 DM), für jede Sitzung der sonstigen Gremien 24,00 Euro (=46,94 DM).

§ 4 Fraktionssitzungen

(1) Ehrenamtlich Tätige erhalten für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, soweit sie gem. § 36 a Abs. 1 HGO teilnahmeberechtigt sind, Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrkosten und Aufwandsentschädigung nach §§ 1, 2 und 3 Absatz 1. Fraktionssitzungen im Sinne von Satz 1 sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitsgruppen).

(2) Ersatzpflichtig sind nur die Fraktionssitzungen, die auch tatsächlich stattgefunden haben. Die Zahl der nach Absatz 1 ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf 35 pro Jahr und Mandatsträger/in begrenzt.

§ 5 Dienstreisen, Studienreisen

(1) Bei Dienstreisen erhalten Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates und sonstige ehrenamtlich Tätige Ersatz des Verdienstausfalles und der Fahrkosten nach §§ 1 und 2. Weitere Reisekosten sind nach Stufe 1 des Hessischen Reisekostengesetzes zu erstatten.

(2) Studienreisen sowie die Teilnahme an kommunalpolitischen Tagungen oder Fortbildungsveranstaltungen im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit oder dem Mandat gelten als Dienstreisen.

(3) Klausurtagungen von Fraktionen gelten als entschädigungspflichtige Dienstreisen mit der Einschränkung, daß der entschädigungspflichtige Zeitraum auf insgesamt vier Kalendertage pro Jahr und die Höhe des Übernachtungsgeldes auf das Doppelte des nach § 10 Abs. 2 Hessische Reisekostengesetz zu gewährenden Betrages begrenzt ist.

(4) Ein Anspruch auf Entschädigung entsteht nur, wenn das vorsitzende Mitglied des Organs, dem die ehrenamtlich tätige Person angehört oder für die sie ihre Tätigkeit ausübt, in die Teilnahme an Veranstaltungen nach Abs. 1 und 2 eingewilligt hat. Das vorsitzende Mitglied entscheidet über seine Teilnahme selbst. Für den Seniorenbeirat entscheidet der Bürgermeister.

§ 6 Zahlungsmodus

(1) Die Zahlung der Aufwandsentschädigungen nach § 3 Abs. 1 bis 4 und § 5 erfolgt jeweils zum Ende eines Kalendervierteljahres.

(2) Die Entschädigungen nach §§ 1 und 2, nach § 3 Abs. 5 und 6 sowie § 5 werden auf Antrag gezahlt.

(3) Zahlungen erfolgen grundsätzlich bargeldlos durch Überweisung auf das Konto eines Geldinstitutes.

(4) Soweit die Verdienstausschüttungen und die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Gemeindevorstandes der Steuerpflicht unterliegen, wird die Einkommens- und Kirchensteuer von der Gemeinde übernommen.

§ 7 Unübertragbarkeit, Unverzichtbarkeit, Ausschlußfrist

(1) Die Ansprüche auf die Entschädigungen nach §§ 1 bis 3 und 5 sind nicht übertragbar. Auf die Aufwandsentschädigungen kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.

(2) Der Anspruch auf die auf Antrag zu gewährenden Entschädigungsleistungen ist binnen einer Ausschlußfrist von einem Jahr bei dem Gemeindevorstand schriftlich geltend zu machen. Die Frist beginnt mit dem Tage nach dem Ende der Sitzung, Veranstaltung oder des Zeitraumes, nach dem sich der einzelne Entschädigungsanspruch bemißt.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 03.04.1995 / 01.06.2001 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Entschädigungssatzung der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg vom 03.06.1992 außer Kraft.

Ginsheim-Gustavsburg, den 03. April 1995 / 18.05.2001

Der Gemeindevorstand Ginsheim-Gustavsburg

gezeichnet
von Neumann, Bürgermeister